

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Dr. 109. Halle, Freitag den 5. Oktober 1917. 1. Jahrgang.

Ist es richtig...?

Der Reichstag wird sich heute mit der von den Sozialdemokraten eingebrachten Interpellation über die Durchführung der alldeutschen Agitation und die Befähigung der Organe beschäftigen. Diese Agitation wird von den verschiedenen Behörden mit ungleichem Erfolg gefördert und begünstigt, und zwar besonders seit dem Tage, wo sich die „alldeutschen“ denkenden Elemente zu der neuen „Deutschen Vaterlandspartei“ zusammenschlossen haben. Ganz offen wird von amtlichen Veröfentlichungen und auch von den Behörden selbst, die auf die Durchführung der Agitation abhän- gigen Beamten und Andern von der Behörde abhängigen Personen der Eintritt in die Partei der Herren von Tirpitz und Schap, „nahgelegt“. Teils offen und teils verdeckt wird zum Kampfe gegen die Reichstagsmehrheit aufgefordert. Es ist ein Skandal, sagt das „Berl. Tagebl.“, daß in dieser Weise gegenüber Veröfentlichungen, die auf die Durchführung der Agitation abhän- gigen Beamten und Andern von der Behörde abhängigen Personen der Eintritt in die Partei der Herren von Tirpitz und Schap, „nahgelegt“.

in Umlauf gesetzt, sich ihm, soweit das nicht etwa schon geschehen, anschließenden und zureichendfalls ihren Namen in die beizugabe Kometenliste eintragen zu lassen. Die angeführten Namenangaben ersuche ich, mir bis 1. Oktober d. J. wieder zugehen zu lassen.

Dr. Wagner, Ober- und Geheimrat.

An die Direktionsbureau und sämtliche Aemter in Breslau.

Ist es richtig, daß in Gedykubnen der Amt- und Gemeindevorsteher

Krieger in einem von ihm allein unterzeichneten Aufruf Mitglieder für die Deutsche Vaterlandspartei geworben hat? Ist es richtig, daß es in diesem Aufruf heißt: „An alle Bürger des Landes ohne Unterschied des Standes und der Parteistellung richte ich daher die Bitte, sich der Deutschen Vaterlandspartei anzuschließen. Im jedem Falle werden in der nächsten Lage von 10 bis mit Eintragslisten, die zur Eröffnung der Jahresbeiträge berechtigt sind, von Haus zu Haus gehen.“ ...? Ist es richtig, daß dieser Aufruf die Unterschrift trägt: „Endkühnen, den 21. September 1917. Der Amt- und Gemeindevorsteher Krieger.“

ten? Ist es richtig, daß das Präsidium des Komitees die Frage durch die einzelnen Abteilungsvorsteher an die Abteilungen weiterleiten ließ, und daß den Beamten, welche die Frage besahen hatten, dann die Eintrittskarten verfallen übergeben wurden? Ist es richtig, daß in zahlreichen Schulen, so z. B. im Viktor-Gymnasium in Potsdam — und auch in Berliner Gymnasien — die Direktoren ähnliche Aufforderungen an die Lehrerschaft richteten?

Ist es richtig, daß in Städten und Ortschaften Ostpreußens, z. B. in Marggrabowa, die

Geistlichen in der Kirche

von der Kanzel herab die Andächtigen ermahnen, der „Deutschen Vaterlandspartei“ beizutreten? Ist es richtig, daß im „Arisaenger“ von Zerbin ein Aufruf erschienen ist, der folgendenmaßen lautet: —

Wir im Lande des Friedens, mögen wir nun Arbeiter, Angestellte, Kaufleute oder Landwirte sein, werden — das wissen wir alle —, unbekümmert um die Parteigrenzen und die uns im Auslande klopfende Friedensentscheidung des Reichstags, unsere Brüder beim Meer und bei der Platte, die Männer vom Stollen, Blücher und Landwehr, auch künftig nicht unbarbar im Stiche lassen, sondern nach Kräften dazu beitragen, ihnen, deren Beiträge list, gerade Knochen, Gesundheit und Leben sind, das Nötige zum ferneren gleichem Kampfe zu verschaffen. Daran möchte ich angeheißt der 7. Kriegsanleihe die Arbeitslosigkeit hiermit erinnern.

Zerbin, im September 1917.

Der königliche Landrat.

Kauf, Geheimrat Regierungsrat.

Man wird hoffentlich nicht, auf all diese und auf die sonst noch auftauchenden Frage, die Antwort hören, die „Deutsche Vaterlandspartei“ sei keine eigentliche Partei, sie wolle sich nach dem Kriege wieder auflösen, sie habe sogar „liberal“ — die Herren Köhre, Traub, Diridlet und Genossen — in ihren Reihen. Erwähnen die Menschen kann nicht mit solchen Kindergeschichten abweisen. Die „Deutsche Vaterlandspartei“ ist, wie ihr Name belegt, eine Partei, und sie hat sich das Ziel gestellt, die Politik, die von der Reichstagsmehrheit vertreten wird, in möglichst weiten Volkskreisen zu diskreditieren. In seiner Rede an den Reichstag erklärte der Reichskanzler, daß die Regierung „im Einklang“ mit der Reichstagsmehrheit handle, und somit rücht sich die Agitation der „Deutschen Vaterlandspartei“ auch gegen die Regierungspolitik. Wie ist es möglich, daß trotzdem die amtliche Begünstigung dieser Agitation im ganzen Lande gebudet wird? Ist es richtig, daß am 7. März 1917 Dr. Michaelis, damals preussischer Ernährungsminister, in einer großen Rede im Abgeordnetenhaus erklärte: „Ich wollte wissen, wer mit in den Arm fallen will.“ ...?

Ist es richtig, daß Herr Stadtdirektor Tramm in Hannover seine Amtseigenschaft benutzt, um für die Deutsche Vaterlandspartei, zu deren Säulern er gehört, Propaganda zu machen? Ist es richtig, daß er die Geschäftsstelle des Zimmers 148 des — von Gemeindevorsteher unterhaltenen Rathauses eingeräumt hat, daß der Magistrat fiktiv eine nur „alldeutsche“ zu nennende Postkarte in die Schuldirektion zur Verteilung sandte, und daß in den Amtsstellen der städtischen Sparkasse der Aufruf des Landesvereins der Vaterlandspartei die Hände hielt? Ist es richtig, daß im Rathaus zu Sigmaringen, wo der angeblich „liberale“ Herr Köhre regiert, die Beamten während der Dienststunden ermahnt wurden, sich der „Deutschen Vaterlandspartei“ anzuschließen?

Ist es richtig, daß in dem Aufrufe, nach einleitenden Bemerkungen, heißt: „In diesem Sinne fasse ich auch die Arbeit der jüngst gegründeten Vaterlandspartei auf. Auch über ihr Ziel und ihre Arbeit werden wir bei dieser Gelegenheit brechen. Ich weiß alle führenden Kräfte im Kreise schon an diesem schweren Werke vereint.“ Ist es richtig, daß dieser Aufruf „mit deutschem Gruß für Heim und Hof“ unterzeichnet ist: „Der Landrat. F. B. Robert Lorenz.“

Ist es richtig, daß im „Schneidmühlener Tageblatt“ am 28. September der Oberbürgermeister von Schneidmühl, Dr. Kranke, zu einer „Sindenburg-Feier“ der „Deutschen Vaterlandspartei“ auffordert? Ist es richtig, daß es in diesem Aufrufe heißt: „Es gilt um Deutschlands Rettung, Ehre und Zukunft! Auf dem Festplatz in der ehemaligen Goldankunststelle werden Beiratsverträge gegen Hinterlegung des Jahresbeitrags von 1 Mark entgegengenommen.“ ...? Ist es richtig, daß der Herr Oberbürgermeister von Schneidmühl zwar für die „Deutsche Vaterlandspartei“, aber nicht für die deutsche Sprache ein geringes Empfinden hat, da man nicht sagen kann: „Es gilt um Deutschlands Rettung.“

Ist es richtig, daß am Freitag den 21. September die Beamten des Regimentskomites befragt wurden, ob sie an der Verarmung der „Deutschen Vaterlandspartei“ in der „Wahlharmonie“ teilnehmen wollen?

Königliche Eisenbahnverwaltung in Breslau

vor einigen Tagen auf dem Dienstweg ihren Beamten ein Schreiben hat zugehen lassen, in welchem sie aufgefordert werden, ihre Namen unter einer beigefügten „Zuleistenden Aufruf“ gegen die Reichstagsmehrheit zu setzen? Ist es richtig, daß das Begleit Schreiben, das diese Aufforderung enthält, folgendenmaßen lautet:

Breslau, den 21. September 1917.

Der vorstehende Aufruf wird mit Zustimmung des Herrn Präsidenten der Königlichen Eisenbahnverwaltung bei den höheren Beamten und den Beamten der königlichen Eisenbahnverwaltung und der Beamten in Breslau mit dem Anbegriffen

Der vorstehende Aufruf wird mit Zustimmung des Herrn Präsidenten der Königlichen Eisenbahnverwaltung bei den höheren Beamten und den Beamten der königlichen Eisenbahnverwaltung und der Beamten in Breslau mit dem Anbegriffen

Aufgaben der Wirtschaftspolitik.

Wir gehen heute einen Auszug aus dem Referat von Heinrich Cunow, das dem Württembergischen Parteitag der deutschen Sozialdemokraten in Stuttgart gehalten wurde.

Das wichtigste Wirtschaftsaufgabe bei der Bekämpfung der vollständigen Inflation ist die Bekämpfung der Inflation. Die Bekämpfung der Inflation ist die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Die Bekämpfung der Inflation ist die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik.

Die nächste Folge des Krieges konnte unter diesen Umständen nur eine

inmitten Erschütterung des ganzen Wirtschaftslebens

sein, das gelang es der Industrie, sich nach und nach den neuen Produktions- und Arbeitsbedingungen anzupassen, indem sie sich auf den veränderten Bedarf des Inlandmarktes und die wachsenden Anforderungen der Seereserveverwaltung einrichtete und die noch verbleibenden Arbeitskräfte, soweit möglich, durch Kriegserzeugnisse ergänzte; eine Anpassung, die vielfach die völlige Umänderung der Betriebe- und Betriebsweise sowie der technischen Einrichtungen erforderte. Zugleich ließ die Staatsverwaltung, angewiesen durch die wirtschaftliche Notlage, sich genötigt, in das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte einzugreifen und Arbeiten beim wichtigsten Erzeugnisgruppen zu machen; den Lebensmitteln und Rohstoffverbrauch zu reduzieren sowie Reglementierungen der Warenpreise und des Warenhandels vorzunehmen.

Die heutige Wirtschaft ist demnach eine auf den Kriegsbedarf eingehende anomale Wirtschaft; eine Anpassung an den Kriegszustand. Daraus ergibt sich, daß nach dem Krieg eine gewisse Umgestaltung nötig ist, die die Wirtschaft zur Friedenswirtschaft. Diese Umgestaltung kann nicht der privaten

Initiative überlassen bleiben; denn Anarchie und Anarchie der Wirtschaft ist der größte Feind. Gerade im Interesse der schwächeren und ärmere Volksschichten liegt es, daß dem Überleben der Friedenswirtschaft der Weg geebnet wird, das heißt der Überlegenheit der Wirtschaft eine tiefere Erschütterung des ganzen Wirtschaftslebens erfolgt.

Ubergangswirtschaft.

Unter den verschiedenen Einzelproblemen der Kriegswirtschaft ist vielleicht das wichtigste, die geeignete Befreiung von Rohstoffen, denn infolge des langen Krieges ist der Rohstoffbedarf Deutschlands sehr zusammengeschrumpft. Eine Befreiung nach alter die deutsche Rohstoffe ihren früheren Reich nicht wieder aufnehmen und mehr den Inlandmarkt befriedigen, das während des Krieges-Verordnungen gegen Rohstoffe wiederzugeben. Die Befreiung der Rohstoffe ist jedoch um so schwieriger, als sich auf dem ausländischen Rohstoffmarkt während des Krieges eine mächtige Konkurrenz befunden hat. Es haben sich keineswegs, wie oft angenommen wird, auf den großen europäischen bestehenden Rohstofflagerungen angehäuft, und somit solche Vorräte vorhanden sind, befinden sie sich meist in den Händen des Auslandes. Vornehmlich hat England einen großen Teil

der wichtigsten Rohstoffwaren in seinen Kolonien aufgefunden und aufzupflanzen lassen. Demnach ist ein Handelsvertrag mit einer großen Anzahl von den Rohstoffmärkten, mit Westindien und Spezifikationen insbesondere, Schmelzwerke zu rechen, denen nur durch organisierten Export begünstigt werden kann.

Nebenbei liegt es dem Vorkaufsrecht in der Hand nach dem Krieg. Auch im neutralen Ausland hat der Weltkrieg die Stelle vieler Waren aller Art in den Weltmärkten, eine Rohstoffmärkte aus dem neutralen Exporte werden dabei nicht von den betreffenden Regierungen verboten werden, weitere Beschränkungen, und soweit Deutschland in Betracht kommt, eine weitere Entwertung der Währung, also eine noch größere Verminderung der Kaufkraft unseres Geldes, nach sich ziehen.

Justizialrat Dr. von Jellinek

Zirkular der deutschen Botschaft

Durch Aushändung der Ausfuhr solcher Artikel, die auf den Auslandsmärkten nach dem Krieg sehr begehrte sein werden und die Deutschland im Überflusse zu erzeugen vermag, möglichst bald zu beschaffen. Anzuziehende Maßnahmen allein genügen nicht. Zwar wird sich, sobald Deutschland nach dem Krieg wieder auf breiterer Basis mit dem Ausland in Handelsbeziehungen treten kann und sein Wirtschaftswesen nicht mehr bloß an einigen lebenswichtigen Waren, sondern auf den Weltmärkten genossen wird, zu sich eine allmähliche Gewandtheit einstellen; aber hier kann und muß doch eine gewisse Regulierung der Zahlungsbilanz nachgeschaffen werden.

Eine der ersten Vorbedingungen für solche Wiederbelebung des deutschen Wirtschaftswesens ist die ausreichende Versorgung mit den deutschen Rohstoffen. Die hierin bestehenden Schwierigkeiten sind, erfordert von einer besseren Einfuhr. Zunächst wird aber nach dem Krieg die Weltwirtschaft viel weniger lebensfähig sein als vorher. Besonders gilt das von der deutschen Weltwirtschaft, die im Krieg über zwei Millionen Menschen verloren hat, während über 1 Million Tönnen in fremden Ländern herbeigeführt wurden haben, die meist erst nach gründlichen Reparaturen wieder in die Arbeit eingestellt werden können.

In Arbeitstätten, für den wirtschaftlichen Wiederaufbau wird es, sobald die zur Notwendigkeit werden in die Heimat zurückkehren, nicht fehlen. Weis aber ist, da sich zunächst die Industrie erst wieder den veränderten Produktionsbedingungen anpassen muß und es vorerst noch an Rohstoffen fehlen wird, eine Überfüllung des Arbeitsmarktes.

Volldrucker und in manchen jetzt handhabenden Industrie- und Handelsbetriebe eine starke Arbeitslosigkeit zu befürchten. — ein Zustand, der um so trauriger für die Arbeiterklasse sein würde, als vornehmlich oberhalb die Löhne schneller fallen werden als die Preise mancher notwendigen Lebensmittel. Daher muß auch die Unterbringung der Arbeiter in passenden Arbeitsstellen planmäßig durchgeführt werden.

Aus dieser Rohstoffmangel, allmählichen, organisierten Überlieferung der letzten Arbeitskraft in die zukünftige Friedenszeit folgende, in meinem Vortragsreferat näher erläuterte und begründete

Vorbereitungen:

1. Planmäßiger Export, Einfuhr und Verteilung der fremden Rohstoffe durch sachkundige Kontrollinstanzen, und Vertriebsstellen unter staatlicher Aufsicht. Festlegung von Einfuhrpreisen und Regelung der Verteilung bis auf die den betreffenden Rohstoff verarbeitenden Fabriken.

2. Ebenso muß die Einfuhr der Rohstoffmittel, der Gütermittel und der fremden Fabrikate geregelt und unter staatlicher Aufsicht, während laufmännlicher Entlastungs- und Vertriebsorganisationen übertragen werden. Die Notwendigkeit der wichtigsten Lebensmittel muß vorläufig unter Festlegung von Höchstpreisen bestehen bleiben. Die Einfuhr von Rohstoffen und erheblichen teuren Gütermitteln sowie von industriellen Rohstoffen ist weiterhin auf dem Wege zu beschleunigen.

3. Zur Regelung der deutschen Währung ist nach dem Krieg die Ausfuhr von deutschen Währungen möglichst zu steigern. Außerdem müssen die deutschen Guthaben im Ausland Pflanz gemacht, in deutschen Händen befindliche fremde Wertpapiere nach dem Ausland abzugeben, und soweit das zu einigemmaßen guten Bedingungen möglich ist, langfristige Anleihen an den fremden Hauptbörsenplätzen ausgenommen werden.

4. Zur Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte sind unter bestimmten Bedingungen, die dem Staat eine Mitwirkung über Schiffbau, Ausrüstung und Unterhaltung sichern und dem wirtschaftlichen Volkswirtschaft genügt, Garantien bieten, den Meeresreisenden als Arbeitsmittel (Schiffbauarbeiten) zu geben und Schiffsbauarbeiten vorzunehmen.

Am besten wäre die Vereinigung aller großen Schiffbau-Unternehmen zu einem unter Staatsaufsicht stehenden Syndikat, da die Regierung in diesem Falle nicht nur übertriebenen Preissteigerungen leistungsmäßig entgegenwirken, sondern auch eine gewisse Einwirkung des Staates durchzuführen vermöge.

5. Die zur Fabrikation einwirkenden Arbeiter und Angestellten dürfen nach Friedensschluß nicht nach rein militärischen Gesichtspunkten ohne Rücksicht auf die Lage des Industrie- und Arbeitsmarktes entlassen werden. Durch örtliche und provinciale, unter Leitung staatlicher Arbeitszentralen stehende Wirtschaftsräte oder Arbeitsämter, zu denen sowohl Vertreter der Unternehmer, als der Arbeiterorganisationen hinzugezogen werden, ist festzustellen, welche und wie viele Arbeitskräfte in den einzelnen industriellen Bezirken gebraucht werden. Diese Ämter haben auch die Arbeitsvermittlung zu übernehmen und sich mit den Militärbehörden über die Entlassungen zu verständigen. Die Arbeiter, die in Fernarbeitereisen keine Unterkommen finden, sind vorläufig mit ihrem Arbeitsvermögen angemessenen Lohns- und Gemeinderichten zu beschaffen.

6. Die deutsche Arbeiterkraft fordert, sowohl im Bereich des Reichsfinanzministeriums für Überlegungsarbeiten, als auch in den staatlichen Wirtschafts- und Aufsichtszentralen eine entsprechende Vertretung, und zwar nicht nur insofern, als reine Arbeiterfragen in Betracht kommen, sondern was die ganze organisierte Arbeiterbewegung des Reichsgebietes angeht.

Freier darf die Durchführung der Lebenswirtschaft nach dem Vorkriegsstand der am 4. August 1914 dem Bundesrat erteilten Arbeitsvollmachten nicht dem Gutdünken des Bundesrats und der Militärbehörden überlassen bleiben; es müssen vielmehr für die geänderten Unterlagen, d. h. geänderte bestimmte Einrichtungen getroffen und für diese Verwaltungsbehörden festgelegt werden.

Monopol, Handels- und Zollfragen.

Ist auch die planmäßige Überlieferung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zunächst das dringende Problem unserer Wirtschaftspolitik, so ergeben sich doch schon für die nächste Zeit aus der veränderten Lebenslage noch verschiedene andere wichtige Aufgaben; denn während einerseits viele Industriezweige während des Krieges eine bedeutende technische Um-

rüstung erfahren und eine Entlohnung in der modernen Fabrikation durchgemacht haben, haben andererseits die Konzentration und Spezialisierung der Produktionen neue Ansätze erhalten. Und mangelte noch als in der Industrie wird sich voraussichtlich die Konzentrations- und Monopolisierungstendenzen in deutschen Handwerksbetrieben, sobald nach dem Krieg, das Deutsche Reich wie die Einzelstaaten und Gemeinden sich zur Aufnahme größerer Anleihen gezwungen sehen werden und zugleich Industrie, Handel und Transportwesen zum Zweck des wirtschaftlichen Wiederaufbaues ihre Ansprüche an das Vortagevermögen stellen.

Indem erstere, der Kriegszustand eine große Umgestaltung. Durch den Weltkrieg hat Deutschland eine ganze Reihe seiner fremden Absatzmärkte verloren. Sie zurückzugewinnen, wird vielfach sehr schwer fallen, da inzwischen die ausländische Konkurrenz sich dort festgesetzt hat. Hierbei ist es heute bereits als ziemlich sicher geltend, daß mit dem künftigen Friedensschluß der Wirtschaftskrieg mit England und seinen Kolonien nicht aufhören wird, vielmehr auch nicht mit der Vereinigten Staaten von Amerika und mit Frankreich, wogegen auch in die Friedensverhandlungen allerlei schone Handelsversicherungen Aufnahme finden. In England ist die seit Jahrzehnten geplante „Imperial Federation“, die Vereinigung des englischen Mutterlandes mit seinen kolonialen Abhängigkeiten zu einer Art Reichswirtschafts- und Zollverband im Werden begriffen, und wird höchstwahrscheinlich bald nach Friedensschluß zum Stande kommen.

Aus dieser Wirtschaftsumwälzung ergeben sich verschiedene weitere Forderungen

für die deutsche Sozialdemokratie, von denen hier als die wichtigsten zu nennen sind:

1. Überführung der privaten Industrieunternehmen in Staatsmonopole, namentlich des gesamten Bergbaus, der Holz-, Eisen- und Stahlproduktion sowie der Nahrungswirtschaft.

2. Erweiterung der Staatsaufsicht über die Banken, Erziehung von staatlichen Kontrollinstanzen. Weiterer Ausbau der Reichsbank und Vermeidung ihres Einflusses auf das private Bankgewerbe.

3. Abschließung von Handels- und Zollverträgen mit Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei, in denen die vier Verbündeten sich gegenseitig besondere Handels- und Zollprivilegien sichern.

4. Abschluß günstiger Handelsverträge mit Rußland und Rumänien im Friedensschluß, die diese beiden Mächte dem mitteleuropäischen Wirtschaftskomplex angliedern.

5. Als Vorbereitung für die Herstellung solcher Handelsbeziehungen eine Lockerung der bisherigen deutschen Zollpolitik, welche die Abwertung des deutschen Inlandsmarktes durch hohe Lebensmittelpreise befeuert, zum Abbruch der Preisbindung vieler Rohstoffe und die noch Jahre hindurch auf einer außergewöhnlichen Höhe halten wird.

* * *

An Aufgaben, Arbeit und Kampf wird es demnach in der kommenden neuen Wirtschaftssäure nicht fehlen. Aber ohne Kampf kein Fortschritt. Die deutsche Sozialdemokratie — schließte Cuno — muß heraus aus ihrer wie so oft seit dem negativen Beharrung, ihrem Hängen an alten durch die Entwicklung überholten Illusionen und Formeln, heraus zu realpolitischer Arbeit am Wiederaufbau des Zerfallenen auf besser wirtschaftlichen Grundlagen und in besserer Form! Die Arbeit, die gefordert wird, ist Vorbereitungsarbeit für eine frohere, gelichtete Zukunft. —

Was der Krieg bringt.

Die zweite Papstnote.

Aus London wird berichtet: Sominos Organ „Giornale d'Italia“ meldet: In einer Note an die Entente-Mächte teilt der Papst den Wortlaut der Antworten der Mittelmächte auf die Friedensnote mit. Er erklärte, Grund zu der Annahme zu haben, daß diese Antworten als eine Mitteilung betrachtet werden dürfen, daß Deutschland bereit ist, Belgien und Nordfrankreich zu räumen. Der Papst fragt nun an, ob er Deutschland bitten soll, seine Bedingungen bestimmt zu umschreiben. Der Papst bietet also eine direkte Vermittlung an.

Das Blatt vertritt die Absichten Deutschlands seien dem Papst bekannt, und zwar aus Versicherungen, und der Wunsch von München und der von Wien mit der deutschen und österreichischen Regierung gehabt haben, ohne daß jedoch Noten überreicht wurden. Informationen, die den Papst in die Lage setzen, den Mittlern die Versicherung zu geben, daß Deutschland bereit wäre, Belgien und die in Frage kommenden Provinzen Frankreichs zu räumen, wurden dem Heiligen Stuhl mit den Berichten beider genannter Geistlichen gegeben. In allen diesen Berichten wurden die Absichten über Belgien auseinandergesetzt nicht als absolute Bedingungen, sondern als Bedingungen, über die in einander folgenden diplomatischen Verhandlungen geworden werden können. Der Bericht des Nuntius in Wien fest die österreichischen Bedingungen bezüglich Italien ausnehmend.

In seiner zweiten Note an die Entente-Mächte gibt der Papst auch seine Abänderungsvorschläge genauer kund; diese umfassen: Abkündigung der militärischen Dienstpflicht und Einsetzung eines Handelsverbots gegen Friedensverweigerer. Dieser Vorschlag muß von einem internationalen Schiedsgericht proklamiert werden, dessen Aufgabe die Feststellung ist, daß eine Verletzung des Friedens stattgefunden hat.

Zu der vorstehenden Meldung bemerkt das Berliner Zentrumblatt, die „Germania“, die Meldung sei an Berliner amtlicher Stelle allerdings noch nicht bestätigt worden, doch dürfe die Nachricht nach Mitteilungen, die dem Blatt von einer Stelle, die „wohl unterrichtet sein dürfte“, gemacht werden, ihre Wichtigkeit haben.

Neue Versenkungen.

Amstiel, wird gemeldet: Neue U-Boots-Erfolge im Aemmelkanaal und in der Nordsee: vier Dampfer, ein Sealer, ein Fischerfahrzeug, darunter drei bewaffnete Dampfer und der neue

englische Sealer „Independence“. Von den drei bewaffneten Dampfern fuhr einer unter französischer Flagge, ein anderer war vom Aussehen des englischen Dampfers „Stendal Castle“ (3885 Vortoregierinnen). —

Belgier flüchten nach Deutschland.

Ueber die Lebensverhältnisse der internierten belgischen Soldaten in Holland haben diese seit geraumer Zeit lebhaft Klage geführt. Das wird ihnen, wie der „Belgische Sozialist“ sagt, in der bürgerlich-belgischen Presse Hollands sehr übelgenommen. Doch der „Belgische Sozialist“ entgegnet:

Wir haben das Material über die Klagen gesammelt und es den zuständigen Behörden überreicht. Unsere Regierung hat aber nie geantwortet. Sie ließ alles beim alten. . . Die Mitteilnahme ist allmählich in Enttäuschung und Verzweiflung umgeschlagen. Schließlich griffen die Internierten zum äußersten Mittel. Sie flüchten nach Deutschland, um dort Arbeit anzunehmen. Die belgische Regierung verurteilt ihre Flüchtlinge gegenüber den Internierten, während die Handlungsweise der Internierten, wenn auch nicht zu beifolgender, so doch zu begreifen ist. Die Rettung aus den herrschenden Zuständen kann nur von der belgischen Regierung kommen. Sie steht vor der Wahl, die Dinge zu lassen, wie sie sind, was gleichbedeutend ist mit der Fortsetzung der Flucht von Internierten nach Deutschland — oder zu handeln, indem sie dem lebensfähigen Verlangen der Internierten nach lohnender Betätigung Rechnung trägt. . .

Am besten Belgien stehen die Dinge nicht besser. Die Lebensmittel reichen nicht hin. Die Arbeiterfamilien gehen ihrer völligen Grundlosigkeit entgegen. Sie haben in mühsamer, mühsamer Dungenarbeit und Arbeit im Dienste der besetzten Macht. Es liegt auf der Hand, wie die Entschädigung ausfällt. Die Menschen geben das Leben dem Tode vor. Sie gehen nach Deutschland. Nicht gezwungen, sondern freiwillig. Seit einiger Zeit sind es ihrer wöchentlich an 5000, die nach Deutschland gehen, um dort zu finden, was sie in Belgien nicht finden: Arbeit durch Arbeit. . .

Zum Schluß deutet der „Belgische Sozialist“ an, daß die belgische Regierung von ihren Verbündeten die nötigen Mittel entweder nicht anfordert oder nicht erhält, um den Belgiern im besetzten Gebiet und in Holland wirksam zu helfen. —

Durcheinander.

Von dem Verlauf der demokratischen Konferenz in Petersburg liegen nur Petersburg Agenturberichte vor. Danach erklärte der Vorsitzende Tschidse, die Versammlung wurde zuerst über die Formel für oder gegen eine Koalition abgestimmt haben, darauf über zwei andere Formeln, nämlich: reines Koalition mit der Kadettenpartei und zweites Koalition allein mit Geheißträgern der Kadettenpartei. Mit 766 gegen 688 Stimmen sprach sich die demo-

kratische Konferenz für eine Koalition aus. Da sich aber bei der Unterabstimmung über die Art der Zusammenarbeit mit den Kadetten keine Mehrheit fand, wurde bei einer nochmaligen Abstimmung die Idee einer Koalition überhaupt mit 813 gegen 190 Stimmen abgelehnt.

Nach diesen sich widersprechenden Beschlüssen entschied die Konferenz, daß das beträchtlich durch Vertreter aller Gruppen verstärkte Bureau am Radnimitag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzutreten solle, um die Mittel zum Ausgleich der Widersprüche zu suchen und die Einheit des demokratischen Willens zu verwirklichen. Gleichzeitig nahm die Konferenz einstimmig eine Entschließung an, sich nicht eher aufzulösen, als bis sich die Regierungsgewalt in einer für die Demokratie annehmbaren Form gebildet habe.

„Daily Mail“ meldet aus Petersburg: Der demokratische Monarch hat mit 610 gegen 585 Stimmen den Antrag der Radnimitag auf eine Kundgebung für sofortige Friedensverhandlungen von der Tagesordnung abgesetzt.

Also nur mit einer Mehrheit von 25 Stimmen bei annähernd 1200 Stimmberechtigten! —

Ein Geständnis.

Das rheinische Zentrumblatt, die „Kölnische Volkszeitung“ tritt trotz der wiederholten Abmahnungen der betroffenen Vertreter der Zentrumspartei nach wie vor für den Erwerb von Friedens- und gegen die Friedensfindung der Reichstagsmehrheit ein. Sie schlägt zu diesem Zweck den klaren Sinn des Reichstagsbeschlusses für ihre Absichten an. In einem Artikel ihres Berliner Vertreters Dr. Giese geht sie so weit, zu behaupten, nicht in den Händen der Alldeutschen liege zurzeit die eigentliche Gefahr für unser Vaterland und einen glücklichen Ausgang des Krieges; alle Vaterlandsfreunde müssen „bevorzugt kein wogern der verheerenden sozialdemokratischen Verhängnisvolligkeit, als wegen bedauerlicher Entgleisungen alldeutscher Agitatoren“.

Bisher hat die „Kölnische Volkszeitung“ stets behauptet, hinter den Annesionspolitikern, hinter den Vollwortern des Schwerefriedens stehe die Mehrheit des Volkes; jetzt aber liegt man in dem Artikel („Köln. B.“ Nr. 766):

Man sahre einmal auf deutschen Hohnen, man höre sich einmal in den Salzen der Großstädte um, wo auch unsere Soldaten, welche aus dem Felde kommen, oder die hinausgehen, verheeren. Man hört dort vielfach Worte und Sätze aus dem sozialdemokratischen Wortschatz, aus der sozialdemokratischen Presse und Agitation wieder, die wahrlich eine große Gefahr für den Willen zum Durchhalten, für die Einheit und Einheit in der Armee

und hinter der Front für den Willen zum Siegen und Durchhalten bilden. In all diesen Schicksalsstunden der sozialdemokratischen Partei treibt wieder, daß der Krieg, nur noch für die Großen geführt werde, daß diejenigen, welche unsern Vaterland einen ehrenvollen, die Zukunftsentwicklung sichernden Frieden wünschen, von der Großbourgeoisie begehrt seien, oder kapitalistischen Interessen dienen, daß die Annerktionen politischer allein sich auf dem dritten Kriegsjahr und vielleicht an dem kommenden Kriegswinter seien. Alle die bis zum Hebräer verbreiteten Redensarten über „Annerktionen“ kehren wieder.

Die Sache der bestfahrenden Eroberungskriege muß trotz ihres mit einem riesigen Kapital und mit einer wahrhaftigen Vorkampfbewegung arbeitenden Betriebs sehr schlecht stehen, wenn ein so ausgeprägtes annerktionistisches Blatt sich zu solchen Worten genötigt sieht. Dabei ist zu beachten, daß der Verlag der „Königlichen Volkszeitung“, besonders im Westen, eine ganz hervorragende Organisation zur Verbreitung seiner Zeitungen in der Etappe und an der Front geschaffen hat, und daß auch die „Deutsche Tageszeitung“ in ungezählten Exemplaren täglich bei den Truppen zur Verbreitung kommt. Dazu die in den Städten und in den Etappen verbreitete alldeutsche Brodschriftenliteratur! Wie gering ist demgegenüber die Zahl der sozialdemokratischen Blätter, die ins Feld gehen! Trotz alledem muß die „Königliche Volkszeitung“ traurig bekennen, wie das Volk heute denkt und wie die Soldaten, die aus dem Felde kommen, über das Annerktionen urteilen. Allerdings braucht man nicht auf deutschen Bahnen zu fahren oder in den Katakomben der Großstädte zu sitzen, um solche Beobachtungen zu machen. Man darf sich auch auf dem Lande nur umhören, wenn das Volk unter sich spricht, und man wird blasse Wunder für die Väterchen erleben können.

Regierungswechsel in Schweden.

Das Kabinett Swartz-Lindman hat mit seiner Definition nicht lange zögern dürfen. Bereits fünf Tage nach Bekanntwerden des Gesamtergebnisses der Wahlen zur schwedischen zweiten Kammer — der politisch wichtigsten — kam es bei dem König um seine Entlassung ein. Nach dem Ausgang der Wahlen, welche die Sozialdemokratie als die stärkste Partei Schwedens erwieben, war es kaum im Ernst zu erwarten, daß zwei so alte Parteikolonnen, wie die beiden Führer des abgetretenen konservativen Ministeriums in der Tat sind, den Versuch machen würden, gegen das Volk zu regieren. Auf Aufforderungen seitens konservativer Kreise, mit führenden Vätern an der Spitze, diesen Versuch doch zu unternehmen, hat es wahrhaftig nicht gefehlt, ein Verweis mehr, daß auch in andern Dingen einseitige und gefälschte Leute politisch oft die Zeichen der Zeit nicht verstehen können oder wollen.

Die Bildung einer neuen Regierung dürfte mit vielerlei Schwierigkeiten verknüpft sein. Nach dem Wahlergebnis müßte Branting die Verantwortung für die Bildung eines neuen Ministeriums übernehmen; er scheint hierzu aber gar nicht gewillt zu sein. Er befürwortet vielmehr eine liberal-sozialdemokratische Regierung, worin der Posten des Ministerpräsidenten einem Liberalen zufallen müßte, eine Lösung der schwedischen Ministerkrise, die am wahrscheinlichsten erscheint. Der König hat zwar die Führer der drei großen Parteien gemeinsam empfangen, und ihnen die Bildung eines Koalitionsministeriums unter Wahrung der Neutralität des Landes empfohlen. Doch scheint die Stimmung für ein solches Experiment nicht günstig zu sein.

Eine gute Gelegenheit, alle Parteien zur Leitung der Geschäfte Schwedens mit heranzuziehen, hatten die Konservativen im vergangenen Frühjahr beim Rücktritt Sommersfelds, als Swartz-Lindman die Regierung übernahm, aber damals wurden die Liberalen und Sozialdemokraten einfach beiseitegeschoben.

Ueber die Zusammenlegung des neuen Kabinetts lassen sich viele Kombinationen aufstellen. Von Sozialdemokraten ist außer Branting, mit Palmstierna, Lindquist, Rydön, Thorsson, Nils Persson und Aug. Nilén als Ministeranwärtern zu rechnen. Eine Verteilung der Portefeuilles vorherzugeben, dürfte schwierig sein. Um aber doch einige Fingerzeige zu geben, sei darauf hingewiesen, daß Palmstierna Seeressort war; Rydön ist Volkskulturredakteur in Malmö; Aug. Nilén, früher Chefredakteur des südwestschwedischen Parteizorgans „Arbetet“ in Malmö, ist nunmehr in der von Reichstags- und Kommissionsarbeit freien Zeit Kleinbauer; Lindquist, Führer der gewerkschaftlichen Landeszentrale Schwedens; Thorsson, Mitglied der Reichsdirektion; und Nils Persson, Führer des schwedischen Bauerverbundes, sind sämtlich aus dem Handwerkerstand hervorgegangen. In den verschiedenen Reichstagsversammlungen und staatlichen Ausschüssen haben sie alle eine hervorragende, und auch von den politischen Gegnern geschätzte Rolle gespielt.

Internationaler Gewerkschaftskongreß.

Nach Entziffern der spanischen, böhmischen und ungarischen Delegierten wurde der internationale Gewerkschaftskongreß am Dienstag vormittag eröffnet. Der Vorsitzende, Genosse Schneberger (Bern) hielt eine kurze Begrüßungsansprache, in welcher er die rein gewerkschaftlichen Aufgaben der Tagung umschrieb. Anwesend sind 73 Delegierte. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Schreiben des belgischen und englischen Gewerkschaftsbundes verlesen, das unter heißen Ausfällen auf Deutschland und die deutschen Gewerkschaften die Ablehnung ihres Erdreitens auf der Tagung begründete. Die englischen Gewerkschaften schienen es in diesem Schreiben ab, mit den Deutschen zu verhandeln, solange die deutschen Armeen noch in Belgien, Gebiet haben, ferner weil Deutschland den Krieg zu Eroberungszwecken begonnen und das Daager Abkommen durch den Unterbooskrieg, durch Verletzung von Sozialpflichten und durch andere Grausamkeiten verletzt hätten.

Das Mitglied der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften Bauer wies die englischen Vorwürfe energisch zurück. Deutschland führe heute Krieg nicht um Eroberungszwecke, sondern zur Verteidigung seines Lebens. Ein Friede ohne Annexionen und Vergewaltigungen könne jederzeit geschlossen werden, wenn die Entente auch auf Vergewaltigungen verzichtet würde. Das tue sie aber nicht und würde darin bis jetzt leider noch von den Sozialisten der Ententeinheiten unterstützt. Bauer bezeichnete es als unmöglich, ein einzelnes Volk für den Krieg verantwortlich machen zu wollen; ebenso sinnlos sei der Krieg selbst für gewalt. Man brauche nur an Englands Vergehen in Indien und Transvaal sowie an den Barcelonafall zu erinnern, um sich darüber klar zu werden, daß England seinen Anschlag habe, sich über Ozeanien mit anderen zu befassen. Der Hungerkrieg gegen deutsche Frauen und Kinder sei die erste und schwerste Verletzung der Haager Konvention in diesem Kriege gewesen. Die Halbverweigerung seitens der Ententeorganisationen nennt Bauer Fläbererei, die sich die deutschen Sozialisten nicht hätten gefallen lassen. Die deutschen Gewerkschaften müßten es ablehnen, etwa die militärische Verteidigungsstrategie Deutschlands zu ländern, während die Entente-Sozialisten die Eroberungszwecke ihrer sozialistischen Regierungen unterstützen.

Zur Vorbereitung des gewerkschaftlichen Friedensprogramms und der künftigen Organisation des Sekretariats wurden sodann vorbereitende Kommissionen eingesetzt.

Der Kongreß nahm eine Resolution an, in der er anspricht, daß der Gewerkschaftskongreß es ablehnen müsse, auf die englische Erklärung der Vermehrung des Kongreßbundes und überhaupt die gesamte Kriegshandlung einzugehen.

Eine weitere Resolution sprach das prinzipielle Einverständnis mit der Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbüros von Berlin nach einem andern Land aus. Die endgültige Bestimmung hierüber wurde dem nächsten internationalen Gewerkschaftskongreß vorbehalten. Die Resolutionen wurden mit den Stimmen aller vertretenen Länder gegen die der Schweiz angenommen.

Unversenkbar Schiffe?

Die Erfolge des U-Boot-Kriegs haben im jenseitigen Lager eine Anzahl von Gelehrten in Bewegung gesetzt, die behaupten, das Problem des unversenkbar Schiffe zu lösen. Nach dem „Corriere della Sera“ soll dies nunmehr tatsächlich einem italienischen Ingenieur Umberto Bugliese gelungen sein. dessen Erfindung von der italienischen Regierung übernommen wurde. Das unversenkbar Schiff besteht gewissermaßen aus zwei untereinander liegenden Schiffen. An dem äußeren Schiffe befinden sich in der beiden Seiten zwei Kammern, deren Zweck es ist, in Gemeinschaft mit besonders im Schiffszentrum angeordneten Konstruktoren den Stütz der Mine oder des Torpedos abzugeben, der erst nach seiner Enternung von Schiffe zur vollen Entfaltung kommt. Im übrigen enthält das äußere Schiff die Dampfmaschinen, während sich im inneren Schiffe die Motoranlagen, die Dampfzylinder, die Kohlenvorräte, die Robottorien und die Vorkamern befinden. Ein solches Schiff soll gegen die Wirkung eines Torpedos oder einer Mine völlig geschützt sein, es sei denn, daß die auf einer schmalen ungeschützten Streifen an der unteren Seite des Schiffes trifft, was aber selten vorkommen dürfte.

Die einzigen Nachteile der neuen Konstruktion sollen eine etwas geringere Geschwindigkeit (24 Knoten statt 10 in der Stunde) und ein kleinerer Raubraum (57 Prozent statt 70 Prozent der Gesamttafelverdrängung) sein. Die hierdurch entstehenden Nachteile für Fracht würden sich aber natürlich durch die vermeintlichen Verdrängungssparen weit mehr als ausgleichen.

Da der Bau eines „Garqboats“ 5 bis 6 Monate in Anspruch nimmt, so werden wir also noch einige Zeit zu warten haben, bis wir in der Lage sein werden, den tatsächlichen Wert der italienischen Erfindung zu prüfen.

Notizen.

Herrnhäuser und Bahnhofsverträge. Wie der „National-Zeitung“ aus Abgeordnetenkreisen mitgeteilt wird, ist die Nachricht, daß die Reform des Wahlrechts zum Abgeordnetentage mit der Reform des Herrnhäuser verknüpft werden soll, falsch. Es handelt sich vielmehr um zwei formell voneinander getrennte Vorlagen, die, wenn auch eine dritte kommt, die eine Neuverteilung der Wahlkreise vorstelt. Die Verteilung ist politisch von großer Bedeutung, da sie das Handelsabkommen der Reform, wenn auch mit wechselnden Mehrheiten, zwar nicht gewährleistet, aber doch wesentlich erleichtert macht.

Keine Güllenträfte im freien Handel. Das preussische Landesgüteramt schreibt, daß bei aller neuerdings zahlreiche Anträge von Händlern, industriellen Berufen, Einzelverwaltungen und so weiter auf Sondervergünstigungen von Güllenträften einzugehen. Vielfach würde auch gegen Güllenträfte gegen Vergünstigungen freihändig aufzutreten zu dürfen oder die Lieferung von bereits getauften getauften zu wollen. Das Landesgüteramt macht daher erneut darauf aufmerksam, daß derartige Verträge verboten und strafbar sowie alle diese Anträge zwecklos sind. Im Einvernehmen mit dem Herrn Staatssekretär des Kriegesministeriums werden diese Anträge ausnahmslos abgelehnt, da die Landesgüteramtliche zur Deckung des Bedarfs für Meer und Marine und zur gleichmäßigen Lieferung von Güllenträften an die in der Kriegswirtschaft tätige Bevölkerung mit allen Mitteln betreibt sein muß, möglichst viel Güllenträfte in ihre Hand zu bekommen. Nur dann wird es möglich sein, allen Anforderungen entgegenzukommen zu werden.

Erhöhung der Fahrpreise für Schnellzüge? Wie die „Kronenzeitung“ aus guter Quelle vernimmt, wird, findet am heutigen Donnerstag in Berlin eine Versammlung von Vertretern deutscher Eisenbahnen statt, die insbesondere über eine eventuelle Erhöhung der Fahrpreise für Schnellzüge beraten wird.

Colmaria bricht die Beziehungen ab. Infolge einer amtlichen Mitteilung der spanischen Regierung hat die Regierung der Republik Colmaria, wie schon nicht-amtlich verlautete, die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich abgebrochen. Colmaria, einer der mittelamerikanischen Kleinstaaten hat die Unabhängigkeit von 1901. Die Beendigung der Beziehungen hat natürlich nur auf wirtschaftlichem Gebiet. Der deutsche Handel soll selbst in diesem Bunde der Erde vernichtet werden; deshalb ist auch Colmaria zum Bruch mit Deutschland gezwungen worden.

Einbruchslose Ausgehungen für Frieden und Befriedigung fanden am Sonntag und Montag in der jehüdischen Lebenszeit statt, die trotz der stür durch Einberufungen dezimierten Bevölkerung durchweg fest befehl waren. In Jitta, wo Genosse Landtagsabgeordneter Hilde sprach, waren 500 Personen erschienen. Die gleiche Beiführung hatte die Versammlung in Baugje anzukommen, wo Reichstagsabgeordneter Bud und Landtagsabgeordneter Hilde sprachen. In Kugersdorf, einem Leutner Weidenhof, waren 600, in Gohlund an der Spree 200 Personen erschienen. Hier sprachen Reichstagsabgeordneter Grenz und Landtagsabgeordneter Endermann. Einen imposanten Verlauf nahmen auch die Volkseröffnungen in Großhainau und Zeilhammerdorf, wo Reichstagsabgeordneter Dr. Grünauer und Landtagsabgeordneter Hilde sprachen. In allen Versammlungen kam einheitlich die Zustimmung der Zuhörer zum Vorgehen der Sozialdemokratie im Weltkrieg und Landtag zum Ausdruck. Einer Resolution, die die Friedenspolitik der Sozialdemokratie, die Resolution des Reichstags billigt und die tatsächliche Weidertrennung bezieht, wurde überall einstimmig angenommen.

Protest der argentinischen Sozialisten. (Hauptversammlung.) Die parlamentarische Gruppe der Sozialisten hat beschlossen, die Mandate abzulegen, da der Bruch mit Deutschland beschleunigt worden sei, ohne daß die Sozialisten zugestimmt haben.

Der Fliegerangriff auf Frankfurt a. M. Am Montag abend 10 Uhr 30 Minuten erschienen, rechtzeitig gemeldet und von den Fliegergeschwädern beschützt, mehrere feindliche Flieger und warfen über Frankfurt und Umgebung eine größere Anzahl von Bomben ab. Zwei bisher festgelegt, sind im Weichbild der Stadt in verschiedenen Straßen 18 Bomben niedergefallen, die geringen Sachschaden anrichteten und nach den jetzt eingegangenen Meldungen fünf Personen zu töteten. 11 Uhr 35 Minuten war der Angriff beendet.

Ein englisches Großschiff vor der Themseländung vernichtet. Seefestungsanlagen der flandrischen Küste haben, wie der Chef des Admiralstabes der Marine bekanntgibt, unter der bedauerlichen Führung des Oberleutnants zur See Christmann am 1. Oktober abends vor der Themseländung ein englisches Großschiff abgeschossen und vernichtet.

Der Vorgesetzte als Zoschläger. Am österreichischen Abgeordnetenhaus in Wien wurde eine dringende Anfrage an den Landesverwaltungsminister betreffend die Lösung eines Prozesses an dem Wiener Oberleutnant gestellt. Der Prozentsatz Abgleich nehmen sollte, von einem Oberleutnant gelehrt, feigt und als er die Schläge abzugeben verhielt, hat der Oberleutnant mit seinem Seziengemeist auf ihn los, so daß er als Leiche liegenblieb. Landesverwaltungsminister Graps erklärte, er werde den Vorfall aus freigelegte unterziehen. Auch werde er immer bereit sein, das ganze Geschehen seiner Stellung darzulegen, daß solche Vorfälle nach menschlicher Voraussicht vermieden werden.

Eine Nichtigklärung. Die Behältnis-Ansichtliche Sprengstoff-Aktion-Gesellschaft erklärt aus um Annehmen folgender Erklärung: In dem Artikel über Zeitung vom 30. d. M. „Sindere Internationaler“ nennen Sie mich unter dem Namen „Internationaler Demokrat“ gebunden. Demgegenüber erkläre ich, daß wir nie dem „Demokrat“ sowie dem „Reb“ oder einem anderen Konzern angehört haben, sondern stets eine selbständige vollständig unabhängige Gesellschaft gewesen sind und es auch zu bleiben beabsichtigen. Wir bemerken, daß demnach unsere Firma mit der „Rechtlich-Verständliche Sprengstoff-Aktion-Gesellschaft“ verwechselt wurde, was leider schon häufig geschah ist.

Denk an Norwegen. Die Rørboghaugen „National Tidende“ meldet aus Christiania: England hat seine Abkommen mit den norwegischen Importeuren gekündigt. Kürzlich wurde das Abkommen mit den Importeuren der Petroleumprodukte gekündigt. Nun ist die Kündigung des Getreides- und Weibstoffsabkommens erfolgt, die die zwei wichtigsten Abkommen darstellten. Weitere Kündigungen werden erwartet.

Die Schlacht neu entbrannt.

W. T. S. Großes Hauptquartier, 4. Oktober 1917. (Mittlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeerzgrube Kronprinz Rupprecht. Die getrige Kampftätigkeit des Heeres in Flandern gliedert sich an den Vortagen: Ziel in das Gelände hinter unsere Stellungen reichendes und auf die belgischen Erdfestungen gerichteter hartes Strömungsschießen gegen einzelne Widerstände unserer Kampfsinn in der Mitte der Schlachtfront zu heftiger Wirkung in Feuerlösen zusammengefaßt.

Die Nacht hindurch hielt vom Donaustrich Wald bis zur Aus der gewaltige Artilleriebeschuss ununterbrochen an; heute morgen heftigste er sich zum Exzessivsteuern.

Mit dem Einsetzen harter englischer Angriffe im Regen um Aern ist die Schlacht in Flandern von neuem entbrannt.

Bei den andern Armeen war insofern scharfer Beobachtung die Geschützaktivität tagsüber meist auf ein geringes Maß beschränkt; erst gegen Abend lebte sie auf.

Seeerzgrube Deutscher Kronprinz.

Auf dem Ostufer der Maas feste bei Anbruch der Dunkelheit schlagartig hartes Feuer an der Höhe 244, nördlich von Samangens, ein. Zigeilergeister brachen die Franzosen bald darauf zum Angriff vor, die von uns dort gemauerten Stellungen zurückgeworfen. Der Angriff wurde in der Abwehrstellung unserer Artillerie und an der hohen Widerstandskraft der Württemberg verlustreich und ergebnislos zusammen.

Seeerzgrube Herzog Albrecht.

Lebhafte Artilleriekämpfe entpannen sich zeitweilig höchst wichtig der Maas und im Sandbau; Angriffe erfolgten aber nicht.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Gassel, Dürenburg und am Bergz sowie im Donau- und bei Gassel nahm die Feueraktivität vorübergehend ab. Erdenkundensgeschichte verliefen an mehreren Stellen für uns erfolgreich.

Wagebühne Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Deutscher Reichstag.

110. Sitzung.

Berlin, 3. Oktober, nachmittags 3 Uhr.

Am Vortage wurde die Besetzung eines Geheimenraters über die Ergänzung der Mitglieder des Gewerbeausschusses und der Vermögensbesitzer während des Krieges.

Vgl. Gieseler (Soz.): Wir können dem Entwurf das folgen, daß gegen die Besetzung der Mitglieder der Gewerbeämter und der Vermögensbesitzer während des Krieges, die Initiative haben soll, aber auf keinen Fall darf die Wahl der Mitglieder der Gewerbeämter, Vermögensbesitzer, Gemeindevorstände, Kreis- und Provinzialräte, ohne daß sie bei ihrer Auswahl nur im geringsten einseitig sind, zu den zu besetzenden Stellen kommen. Wir werden eine solche Besetzung nur dann an den Tag setzen können, wenn die Gewerbeämter, Vermögensbesitzer und die Kreis- und Provinzialräte, die Initiative haben sollen, aber auf keinen Fall darf die Wahl der Mitglieder der Gewerbeämter, Vermögensbesitzer, Gemeindevorstände, Kreis- und Provinzialräte, ohne daß sie bei ihrer Auswahl nur im geringsten einseitig sind, zu den zu besetzenden Stellen kommen. Wir werden eine solche Besetzung nur dann an den Tag setzen können, wenn die Gewerbeämter, Vermögensbesitzer und die Kreis- und Provinzialräte, die Initiative haben sollen, aber auf keinen Fall darf die Wahl der Mitglieder der Gewerbeämter, Vermögensbesitzer, Gemeindevorstände, Kreis- und Provinzialräte, ohne daß sie bei ihrer Auswahl nur im geringsten einseitig sind, zu den zu besetzenden Stellen kommen.

Erwerbstätigen Frauen die Wahlbarkeit

einbringen. Wir werden die Einführung entsprechender Bestimmungen in das Gesetz beantragen. Der Antrag hat die notwendige Mehrheit der Frauen mit 100 Stimmen erhalten. Der Antrag wurde mit 100 Stimmen angenommen. Der Antrag wurde mit 100 Stimmen angenommen. Der Antrag wurde mit 100 Stimmen angenommen.

Ministerialdirektor Dr. Cohn: Sie von dem Sprecher wurde die Besetzung der Gewerbeämter, Vermögensbesitzer und der Kreis- und Provinzialräte, die Initiative haben sollen, aber auf keinen Fall darf die Wahl der Mitglieder der Gewerbeämter, Vermögensbesitzer, Gemeindevorstände, Kreis- und Provinzialräte, ohne daß sie bei ihrer Auswahl nur im geringsten einseitig sind, zu den zu besetzenden Stellen kommen.

Vgl. Maronart (natl.): Ich schließe mich dem Vorschlag des Redneren an. Ich schließe mich dem Vorschlag des Redneren an. Ich schließe mich dem Vorschlag des Redneren an. Ich schließe mich dem Vorschlag des Redneren an.

Vgl. Behrens (D. R.): Die Erfahrungen zeigen, daß die Besetzung der Gewerbeämter, Vermögensbesitzer und der Kreis- und Provinzialräte, die Initiative haben sollen, aber auf keinen Fall darf die Wahl der Mitglieder der Gewerbeämter, Vermögensbesitzer, Gemeindevorstände, Kreis- und Provinzialräte, ohne daß sie bei ihrer Auswahl nur im geringsten einseitig sind, zu den zu besetzenden Stellen kommen.

Vgl. Gieseler (Soz.): Nach den Ausführungen des Regierungsrates scheint es unmöglich, den Entwurf im Plenum zu verabschieden. Deshalb beantragen wir seine Zurückweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

abschließen. Deshalb beantragen wir seine Zurückweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern. **Vgl. Gieseler (Soz.):** Ich schließe mich diesem Antrag an, den ich gleichfalls ablehne. **Vgl. Stadthagen (Natb. Soz.):** Auch während des Krieges können sehr wohl Wahlen stattfinden, freilich müssen sich die Wähler und Wahlberechtigten jeder Wahlberechtigung enthalten. Am besten ist es, wenn die Wahlen jetzt abgelehnt werden, um nicht eine Wahlrechtsreform zu veranlassen, die die Wahlrechte nicht auf die gleiche Weise erweitert, wie die Wahlrechte während des Krieges.

Eine Einlage betreffend die Aufhebung deutscher Forderungen an das fremde Ausland wird zur Verhandlung bgn. als Antrag angenommen. **Eine Einlage fordert**

Abgabe von Zehnten für das Schulgeldverhältnis. **Vgl. Röhre (Soz.):** Die Abgabe von Zehnten für die Schulen ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt.

Vgl. Röhre (Soz.): Die Abgabe von Zehnten für die Schulen ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt.

Vgl. Röhre (Soz.): Die Abgabe von Zehnten für die Schulen ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt.

Vgl. Röhre (Soz.): Die Abgabe von Zehnten für die Schulen ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt.

Vgl. Röhre (Soz.): Die Abgabe von Zehnten für die Schulen ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt.

Vgl. Röhre (Soz.): Die Abgabe von Zehnten für die Schulen ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt.

Vgl. Röhre (Soz.): Die Abgabe von Zehnten für die Schulen ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt.

aus dieser Zeit sind die deutschen Arbeiter infolge der großen Verunsicherung, die sie erlitten haben, und infolge der geringeren Produktion nicht in der Lage, die verlorenen Löhne wieder zu erhalten. **Vgl. Stadthagen (Natb. Soz.):** Auch während des Krieges können sehr wohl Wahlen stattfinden, freilich müssen sich die Wähler und Wahlberechtigten jeder Wahlberechtigung enthalten. Am besten ist es, wenn die Wahlen jetzt abgelehnt werden, um nicht eine Wahlrechtsreform zu veranlassen, die die Wahlrechte nicht auf die gleiche Weise erweitert, wie die Wahlrechte während des Krieges.

Eine Einlage betreffend die Aufhebung deutscher Forderungen an das fremde Ausland wird zur Verhandlung bgn. als Antrag angenommen. **Eine Einlage fordert**

Abgabe von Zehnten für das Schulgeldverhältnis. **Vgl. Röhre (Soz.):** Die Abgabe von Zehnten für die Schulen ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt.

Vgl. Röhre (Soz.): Die Abgabe von Zehnten für die Schulen ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt.

Vgl. Röhre (Soz.): Die Abgabe von Zehnten für die Schulen ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt.

Vgl. Röhre (Soz.): Die Abgabe von Zehnten für die Schulen ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt.

Vgl. Röhre (Soz.): Die Abgabe von Zehnten für die Schulen ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt.

Vgl. Röhre (Soz.): Die Abgabe von Zehnten für die Schulen ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt.

Vgl. Röhre (Soz.): Die Abgabe von Zehnten für die Schulen ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt. Ich beantrage die Einführung eines Gesetzes, das die Abgabe von Zehnten für die Schulen regelt.

Ämliche Bekanntmachungen.

Die Gewerbetreibenden, namentlich die Kleinbetriebe, wie Werkstätten, Tisch- und Gemüschandler, Schuster, Bäcker, Fleischer, Metzger, Klempner usw., werden behufs alljährlicher Anmeldung des Warenzeichens im Januar 1917 des Gesetzes vom 26. Juni 1916) darauf hingewiesen, daß sämtliche Unterlagen für die Beurteilung des Warenzeichens sorgfältig auszubereiten sind. Die Anmeldung auf Grund von Zeichnungen ist nur ausnahmsweise und dann anzunehmen, wenn wegen der geringen Bedeutung des Warenzeichens eine Zeichnung nicht möglich ist. Nach Ablauf der Frist erfolgt ohne sonstige Einreichung die Zulassung des Warenzeichens.

Die Gewerbetreibenden, namentlich die Kleinbetriebe, wie Werkstätten, Tisch- und Gemüschandler, Schuster, Bäcker, Fleischer, Metzger, Klempner usw., werden behufs alljährlicher Anmeldung des Warenzeichens im Januar 1917 des Gesetzes vom 26. Juni 1916) darauf hingewiesen, daß sämtliche Unterlagen für die Beurteilung des Warenzeichens sorgfältig auszubereiten sind. Die Anmeldung auf Grund von Zeichnungen ist nur ausnahmsweise und dann anzunehmen, wenn wegen der geringen Bedeutung des Warenzeichens eine Zeichnung nicht möglich ist. Nach Ablauf der Frist erfolgt ohne sonstige Einreichung die Zulassung des Warenzeichens.

Die Gewerbetreibenden, namentlich die Kleinbetriebe, wie Werkstätten, Tisch- und Gemüschandler, Schuster, Bäcker, Fleischer, Metzger, Klempner usw., werden behufs alljährlicher Anmeldung des Warenzeichens im Januar 1917 des Gesetzes vom 26. Juni 1916) darauf hingewiesen, daß sämtliche Unterlagen für die Beurteilung des Warenzeichens sorgfältig auszubereiten sind. Die Anmeldung auf Grund von Zeichnungen ist nur ausnahmsweise und dann anzunehmen, wenn wegen der geringen Bedeutung des Warenzeichens eine Zeichnung nicht möglich ist. Nach Ablauf der Frist erfolgt ohne sonstige Einreichung die Zulassung des Warenzeichens.

Die Gewerbetreibenden, namentlich die Kleinbetriebe, wie Werkstätten, Tisch- und Gemüschandler, Schuster, Bäcker, Fleischer, Metzger, Klempner usw., werden behufs alljährlicher Anmeldung des Warenzeichens im Januar 1917 des Gesetzes vom 26. Juni 1916) darauf hingewiesen, daß sämtliche Unterlagen für die Beurteilung des Warenzeichens sorgfältig auszubereiten sind. Die Anmeldung auf Grund von Zeichnungen ist nur ausnahmsweise und dann anzunehmen, wenn wegen der geringen Bedeutung des Warenzeichens eine Zeichnung nicht möglich ist. Nach Ablauf der Frist erfolgt ohne sonstige Einreichung die Zulassung des Warenzeichens.

Die Gewerbetreibenden, namentlich die Kleinbetriebe, wie Werkstätten, Tisch- und Gemüschandler, Schuster, Bäcker, Fleischer, Metzger, Klempner usw., werden behufs alljährlicher Anmeldung des Warenzeichens im Januar 1917 des Gesetzes vom 26. Juni 1916) darauf hingewiesen, daß sämtliche Unterlagen für die Beurteilung des Warenzeichens sorgfältig auszubereiten sind. Die Anmeldung auf Grund von Zeichnungen ist nur ausnahmsweise und dann anzunehmen, wenn wegen der geringen Bedeutung des Warenzeichens eine Zeichnung nicht möglich ist. Nach Ablauf der Frist erfolgt ohne sonstige Einreichung die Zulassung des Warenzeichens.

Die Gewerbetreibenden, namentlich die Kleinbetriebe, wie Werkstätten, Tisch- und Gemüschandler, Schuster, Bäcker, Fleischer, Metzger, Klempner usw., werden behufs alljährlicher Anmeldung des Warenzeichens im Januar 1917 des Gesetzes vom 26. Juni 1916) darauf hingewiesen, daß sämtliche Unterlagen für die Beurteilung des Warenzeichens sorgfältig auszubereiten sind. Die Anmeldung auf Grund von Zeichnungen ist nur ausnahmsweise und dann anzunehmen, wenn wegen der geringen Bedeutung des Warenzeichens eine Zeichnung nicht möglich ist. Nach Ablauf der Frist erfolgt ohne sonstige Einreichung die Zulassung des Warenzeichens.

Die Gewerbetreibenden, namentlich die Kleinbetriebe, wie Werkstätten, Tisch- und Gemüschandler, Schuster, Bäcker, Fleischer, Metzger, Klempner usw., werden behufs alljährlicher Anmeldung des Warenzeichens im Januar 1917 des Gesetzes vom 26. Juni 1916) darauf hingewiesen, daß sämtliche Unterlagen für die Beurteilung des Warenzeichens sorgfältig auszubereiten sind. Die Anmeldung auf Grund von Zeichnungen ist nur ausnahmsweise und dann anzunehmen, wenn wegen der geringen Bedeutung des Warenzeichens eine Zeichnung nicht möglich ist. Nach Ablauf der Frist erfolgt ohne sonstige Einreichung die Zulassung des Warenzeichens.

Die Gewerbetreibenden, namentlich die Kleinbetriebe, wie Werkstätten, Tisch- und Gemüschandler, Schuster, Bäcker, Fleischer, Metzger, Klempner usw., werden behufs alljährlicher Anmeldung des Warenzeichens im Januar 1917 des Gesetzes vom 26. Juni 1916) darauf hingewiesen, daß sämtliche Unterlagen für die Beurteilung des Warenzeichens sorgfältig auszubereiten sind. Die Anmeldung auf Grund von Zeichnungen ist nur ausnahmsweise und dann anzunehmen, wenn wegen der geringen Bedeutung des Warenzeichens eine Zeichnung nicht möglich ist. Nach Ablauf der Frist erfolgt ohne sonstige Einreichung die Zulassung des Warenzeichens.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung des § 9b des Gesetzes über den Bürgerstatus in Verbindung mit dem Reichsgesetz vom 11. 12. 1915 betreffend Veränderung des Gesetzes über den Bürgerstatus wird hierdurch in der Angelegenheit des öffentlichen Dienstes:

Jede männliche und weibliche Person ist verpflichtet, auf Anforderung der Behörde, Generalkommando 4. M. A. 1917, einen Vermerk über die Verhältnisse im öffentlichen Dienst zu übermitteln, welche zur Beurteilung der Beförderung von Bedeutung sind. Die Vermerke sind zu übermitteln, wenn die Beförderung von Bedeutung ist. Die Vermerke sind zu übermitteln, wenn die Beförderung von Bedeutung ist.

Jede männliche und weibliche Person ist verpflichtet, auf Anforderung der Behörde, Generalkommando 4. M. A. 1917, einen Vermerk über die Verhältnisse im öffentlichen Dienst zu übermitteln, welche zur Beurteilung der Beförderung von Bedeutung sind. Die Vermerke sind zu übermitteln, wenn die Beförderung von Bedeutung ist. Die Vermerke sind zu übermitteln, wenn die Beförderung von Bedeutung ist.

Jede männliche und weibliche Person ist verpflichtet, auf Anforderung der Behörde, Generalkommando 4. M. A. 1917, einen Vermerk über die Verhältnisse im öffentlichen Dienst zu übermitteln, welche zur Beurteilung der Beförderung von Bedeutung sind. Die Vermerke sind zu übermitteln, wenn die Beförderung von Bedeutung ist. Die Vermerke sind zu übermitteln, wenn die Beförderung von Bedeutung ist.

Jede männliche und weibliche Person ist verpflichtet, auf Anforderung der Behörde, Generalkommando 4. M. A. 1917, einen Vermerk über die Verhältnisse im öffentlichen Dienst zu übermitteln, welche zur Beurteilung der Beförderung von Bedeutung sind. Die Vermerke sind zu übermitteln, wenn die Beförderung von Bedeutung ist. Die Vermerke sind zu übermitteln, wenn die Beförderung von Bedeutung ist.

Jede männliche und weibliche Person ist verpflichtet, auf Anforderung der Behörde, Generalkommando 4. M. A. 1917, einen Vermerk über die Verhältnisse im öffentlichen Dienst zu übermitteln, welche zur Beurteilung der Beförderung von Bedeutung sind. Die Vermerke sind zu übermitteln, wenn die Beförderung von Bedeutung ist. Die Vermerke sind zu übermitteln, wenn die Beförderung von Bedeutung ist.

Jede männliche und weibliche Person ist verpflichtet, auf Anforderung der Behörde, Generalkommando 4. M. A. 1917, einen Vermerk über die Verhältnisse im öffentlichen Dienst zu übermitteln, welche zur Beurteilung der Beförderung von Bedeutung sind. Die Vermerke sind zu übermitteln, wenn die Beförderung von Bedeutung ist. Die Vermerke sind zu übermitteln, wenn die Beförderung von Bedeutung ist.

Jede männliche und weibliche Person ist verpflichtet, auf Anforderung der Behörde, Generalkommando 4. M. A. 1917, einen Vermerk über die Verhältnisse im öffentlichen Dienst zu übermitteln, welche zur Beurteilung der Beförderung von Bedeutung sind. Die Vermerke sind zu übermitteln, wenn die Beförderung von Bedeutung ist. Die Vermerke sind zu übermitteln, wenn die Beförderung von Bedeutung ist.

Jede männliche und weibliche Person ist verpflichtet, auf Anforderung der Behörde, Generalkommando 4. M. A. 1917, einen Vermerk über die Verhältnisse im öffentlichen Dienst zu übermitteln, welche zur Beurteilung der Beförderung von Bedeutung sind. Die Vermerke sind zu übermitteln, wenn die Beförderung von Bedeutung ist. Die Vermerke sind zu übermitteln, wenn die Beförderung von Bedeutung ist.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsbetrieben, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden auf Grund des § 3, Sonnabend den 6. und Montag den 8. Oktober bei den von ihnen gewählten Geschäftsstellen in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Warenlisten abgeholt.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später. Halle, den 4. Oktober 1917. Der Magistrat.

3 Könige Varieté Kleine Klausstr. 7 Sie müssen lachen! Die armenliche Witte

Karoline Reibchen aus dem Arbeitshaufe und die anderen vorzüglichen Künstler.

Alte Promenadenstraße Fernruf 5738 **Leipziger Straße 88** Fernruf 1224

Der 10. Pavillon Bruno Decarli **der Zitadelle Furcht**

Eine lebenswahre, dramatische Bogenbahn aus 4 Wärschauer Ochtra. 4 Akte. Vorführung: 4.30, 6.10, 9.20.

Eine möblierte Villa zu verkaufen Erstklassig, Lustspiel, 3 Akte. Vorführung: 5.30, 7.50.

Der Liebhaber des Publikums! Henny Porten in **Mann, Mein und Henny** Ein Film von Tage. Vorführung Promenade: 4.10, 6.20, 8.30. Vorführung Leipziger Straße: 5.10, 7.10, 10.00.

